

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 848-48 ppbn d

## Inhalt

32. Jahrgang / 171

7. September 1977

Heinz Pensky MdB für  
stärkere Kontrollen  
bei Waffenhändlern

Seite 1/2

Lücken im Gesetz  
-----

Waffenhändlern das dreckige Handwerk legen

Von Heinz Pensky MdB  
Obmann für Innere Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesminister Karl Ravens  
wirft der niedersächsi-  
schen Landesregierung vor,  
das Arbeitslosen-Problem  
zu verschärfen

Seite 3/4

Die Bekämpfung der Waffenkriminalität hat in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht - dank eines beispielhaft restriktiven Waffenrechts, das die sozialliberale Koalition in den siebziger Jahren zum Teil gegen den erbitterten Widerstand der Opposition durchgepaukt hatte. Für die Ganoven und für politische Gewalttäter ist es zumindest schwieriger geworden, sich aus illegalen Waffenarsenalen mit tödlichem Nachschub zu versorgen.

Horst Seefeld MdB berich-  
tet über den Europa-Kon-  
greß der baden-württember-  
gischen SPD in Offenburg

Seite 5/6

Die Statistik spricht eine deutliche Sprache. Sowohl die Diebstahlsfälle als auch die Zahl der gestohlenen Waffen selber sind 1976 gegenüber dem Vorjahr drastisch zurückgegangen, und zwar von 2.270 auf 1.468 bzw. von 4.237 auf 3.145. Insgesamt konnte die Polizei 1976 - auch dank verbesserter Fahndungs- und Meldetechniken - 17.344 Waffen sicherstellen. Die Vergleichszahl des Vorjahres: 18.410. Das sind Zahlen, die immer noch zu hoch sind, die aber in

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

den nächsten Jahren sicherlich weiter gedrückt werden können.

Ein anderer Aspekt der Waffen-"Kriminalität" ist bislang von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt geblieben, und zwar handelt es sich hier um eine Gesetzeslücke, die sich gewissenlose Waffenhäule, sogenannte Makler oder Vermittler für einen tödlichen, aber profitablen Geschäftszweig zunutze gemacht haben. Während nämlich nach dem Waffenrecht auch das Vermitteln von Waffen unter Strafe steht, geht derjenige straffrei aus, der am heimischen deutschen Herd sitzend per Telefon Waffen zum Beispiel von einem Verkäufer in einem Land X zu einem Käufer in einem Land Y vermittelt. Diese Waffen - und dabei handelt es sich um ganze Schiffsladungen -, reichen aus, mittlere Bürgerkriege nicht nur in Bananenrepubliken zu entfachen.

Diesen Leuten muß schnellstens das dreckige Handwerk gelegt werden. Meine Fraktion wird daher unmittelbar nach der Sommerpause auf eine Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes dringen und dieses den restriktiven Bestimmungen des Waffenrechts angleichen.

Das Problem hat nicht nur rechtliche, sondern auch moralische Aspekte. Diese Händler beziehungsweise Vermittler liefern beziehungsweise vermitteln bedenkenlos in politische Spannungsgebiete. Nach dem Motto: Hauptsache die Kasse stimmt. Diese Art Waffenhandel durch deutsche Staatsangehörige berührt auch eklatant die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik.

Die SPD-Fraktion wird weiter darauf drängen, entsprechende internationale Vereinbarungen zu treffen, um eine einheitliche Festlegung des Kriegswaffenbegriffs zu erreichen, nationale Waffengesetze zu harmonisieren, um diesen miesen Waffentransaktionen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. (-/7.9.1977/vo-he/ca)

+ + +

Niedersachsens trauriger Rekord  
-----

Albrecht und Kiep verschärfen das Arbeitslosen-Problem

Von Bundesminister Karl Ravens

Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl 1978

Seit dem Frühjahr 1977 hält Niedersachsen einen traurigen Rekord: In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der Arbeitslosen so hoch wie hier. Niemand bestreitet, daß das finanz- und strukturschwache Land seit jeher seine wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Probleme gehabt hat. Zwölf Monate CDU-Regierung haben jedoch bewirkt, daß Niedersachsen Schlußlicht auf der Arbeitslosenskala geworden ist.

Dieser Negativrekord ist das Ergebnis einer falschen, weil prozyklischen und damit beschäftigungsfeindlichen Haushaltspolitik. Wir Sozialdemokraten haben dies kürzlich der Landesregierung vorgehalten und Punkt für Punkt mit Zahlenmaterial belegt. Finanzminister Kiep hat dagegen versucht, diese Fakten als "Humbug" abzutun. Er hat dabei übersehen, daß die herangezogenen Daten zum großen Teil von seinem eigenen Hause veröffentlicht worden sind. Herr Kiep mag im Verlauf seiner zahlreichen Verpflichtungen ja viel in der Welt herumgekommen und auch ein ordentlicher Schatzmeister der Union sein. Das entbindet ihn aber nicht davon, von Zeit zu Zeit auch mal in die "Niederungen" des niedersächsischen Haushalts herabzusteigen.

Auf die entscheidende Frage, warum sich die Arbeitslosenquote in Niedersachsen gegenüber dem Bundesdurchschnitt unter einem CDU-Ministerpräsidenten so rapide verschlechtert habe, ist der Finanzminister die Antwort schuldig geblieben. Ebenso ist er nicht auf die Vorhaltungen eingegangen,

- warum die Investitionen des Landes im ersten Halbjahr 1977 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um fast 24 Prozent gesunken sind;
- warum Niedersachsen bei der Auftragsvergabe im Tiefbau in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gegenüber 1976 einen Rückgang um mehr als 31 Prozent zu verzeichnen hat;
- warum in Niedersachsen seit 1976 sozialer Wohnungsbau - trotz gegenteiliger Beteuerungen des Sozialministers - so gut wie nicht mehr stattfindet. Im ersten Halbjahr 1977 hat der Bund in Niedersachsen von 3.144 Wohnungen 2.180 allein gefördert (nur bei 964 Wohnungen hat sich das Land beteiligt);
- warum die Landesregierung bei der Umsetzung des Wohnungsmodernisierungsprogramms geschlafen und damit wertvolle Zeit für die Ankurbelung der Bauindustrie vertan hat;

- warum Niedersachsen nach der mittelfristigen Planung den Anteil der intensiven Ausgaben an den Gesamtausgaben von 14 Prozent (1977) auf 11,3 (1980) senken will.

Stattdessen überrascht Herr Kiep mit der Ankündigung eines landeseigenen Konjunkturprogramms im Hochbaubereich. Dessen hätte es nicht bedurft, wenn die Landesregierung rechtzeitig den Anträgen der SPD-Landtagsfraktion gefolgt wäre, die u.a. mehr Mittel für die Gemeinden, den sozialen Wohnungsbau, den Schulbau, für ein Altenprogramm vorgesehen hatten.

Gänzlich unbefriedigend fiel die Antwort des Finanzministers auf die Kritik an der besorgniserregenden Entwicklung der sogenannten Haushaltsreste aus. Tatsächlich sind 1976 also in einem Jahr besonders angespannter Arbeitsmarktsituation, eine knappe Milliarde DM nicht aus dem Haushalt in den Wirtschaftskreislauf geflossen. Besonders dramatisch war dabei der rapide Anstieg der Reste im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, das Herr Kiep bekanntlich 1976 noch so nebenher mitverwaltete. Hier sind im vergangenen Jahr ca 420 Millionen DM nicht konjunkturwirksam abgeflossen. Wenn es der Landesregierung tatsächlich so ernst mit der Schaffung neuer und der Sicherung bestehender Arbeitsplätze ist, wie sie immer wieder verkündet, hätte sie dieses Problem sofort angehen müssen, statt jetzt - mit achtmonatiger Verspätung - eine Kommission zur Untersuchung der Entwicklung einzusetzen.

Die Zahlen, die Herr Kiep zur Rechtfertigung seiner Personal- und Stellenpolitik nennt, sind schlichtweg Augenwischerei. So sind in den von ihm genannten 5.851 neugeschaffenen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst u.a. 1.900 Lehrer mit sogenannten Zwei-Drittel-BAT-Verträgen enthalten. Ein Vergleich der Personalausgaben ergibt, daß diese 1977 im Länderdurchschnitt um 6,9 Prozent, in Niedersachsen hingegen nur um 6,1 Prozent gestiegen sind. Ich werfe der Landesregierung nicht vor, daß sie in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes Teilzeitarbeitsplätze schafft. Nur gebietet es dann die Redlichkeit, dies entsprechend deutlich zu machen und nicht die Öffentlichkeit mit zurechtgestutztem Zahlenmaterial in die Irre zu führen.

Der Vorwurf der SPD, die Landesregierung schaffe durch eine falsche Haushaltspolitik zusätzliche Arbeitslosigkeit, bleibt bestehen. Die heftige Reaktion des Finanzministers und seine zumeist neben der Sache liegenden Rechtfertigungsversuche zeigen, daß die Landesregierung nervös geworden ist. Die Herren Kiep und Albrecht, denen die Bilanzen der Unternehmen mehr am Herzen liegen als die Sorgen der Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze, werden sich etwas mehr einfallen lassen müssen, als über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit immer nur zu reden.

(-/7.9.1977/bgy/ben)

Europa in Baden-Württemberg  
-----

Anmerkungen zu einem Europa-Kongreß in Offenburg

Von Horst Seefeld MdB

Oblmann der Arbeitsgruppe "Europäisches Parlament" der SPD-Bundestagsfraktion

Als erster Landesverband hat die baden-württembergische SPD am letzten Wochenende in Offenburg einen Europa-Kongreß veranstaltet. Im Hinblick auf die bevorstehenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament waren eine überraschend große Anzahl vornehmlich jüngerer Parteimitglieder nach Offenburg gekommen. Sehr kritisch, aber auch sehr sachkundig wurde in vier Arbeitskreisen diskutiert.

Zum Thema "Europa und die Welt" erläuterte Horst Ehmke, wie sich die Europäische Gemeinschaft, die sich in der ersten Zeit ihres Bestehens auf ihre inneren Probleme konzentriert hatte, als Folge ihres Aufstiegs zu einer der führenden Handelsmächte der Welt in zunehmenden Maße auch ihrer weltweiten Verantwortung nach außen stellen mußte. Zentralthema der Diskussion war die Erweiterung und hier warf er die Frage auf, ob die Süd-Erweiterung nicht zwangsläufig die Verwirklichung der Zielsetzung des Gemeinschaftsbildungsprozesses auf lange Zeit hinausschieben, ja vielleicht sogar zu einer Modifizierung des ursprünglichen Europa-Konzeptes zwingen müßte. Trotz aller Schwierigkeiten bei einer neuerlichen Erweiterung der Gemeinschaft war das einhellige Bekenntnis, daß Griechenland, Portugal und Spanien aus politischen Gründen ein Beitritt nicht verwehrt werden darf.

In der Arbeitsgruppe "Arbeitnehmer für Europa" wurde als Hauptforderung erhoben, daß sich die Europäische Gemeinschaft in eine Richtung entwickeln muß, die den wirtschaftlichen, sozialen, aber auch gesellschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen gerecht wird. Naturgemäß war die Frage der Direktwahl zentraler Diskussionspunkt in der dritten Arbeitsgruppe. Nicht zu übersehen sind die Zweifel, die viele hinsichtlich der Demokratisierung durch Direktwahlen entgegen bringen, denn wie kann ein solches direkt gewähltes Parlament funktionieren, wenn es nicht mehr Kompetenzen erhält, die es über

nach einmütiger Überzeugung fast aller in absehbarer Zeit nicht bekommen wird.

Natürlich konnte auf einem Kongreß, der nahe der französischen Grenze abgehalten wurde, das Thema "Europa für die Bürger - am Beispiel einer Grenzregion" nicht ausgespart werden. Politik für Europa beginnt an den Grenzen. Hier liegt eine Möglichkeit, nationale Randgebiete zu Zentren des europäischen Lebens und der Zusammenarbeit zu machen. In mannigfaltiger Weise wurde dargestellt, wie sehr bereits heute diesseits und jenseits des Rheines Europapolitik praktiziert wird oder praktiziert werden könnte.

In den Eingangsreferaten hatte Wilhelm Dröscher, der Vorsitzende des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, die Grundzüge der gemeinsamen Wahlplattform, mit der die elf Parteien den Wahlkampf bestreiten wollen, erläutert. Erhard Eppler unterstrich in seiner Begrüßungsrede, daß Europa den Weg der freien Diskussion, der offenen Austragung von Konflikten gehen muß. Sozialdemokraten gehe es bei der Europapolitik nicht um feierliche Bekenntnisse, sondern um praktische Politik. Die Zusammenarbeit verschiedener politischer Parteien in dafür geschaffenen Organisationen könne zu einer besseren Verständigung über die Grenzen hinweg führen. Bei der CDU bestehe aber heute die Gefahr, daß der Ansatz des Grundkonsenses, ohne den es Europa nicht geben wird, zerstört wird. Denn wer entgegen dem Manifest der christlichen Demokraten Europas, das von der CDU mit erarbeitet und mit unterschrieben worden ist, für Europa die Parole "Freiheit oder Sozialismus" ausgibt, zerstöre diesen Ansatz des notwendigen Grundkonsens. Man könne nicht gleichzeitig Europa beschwören und sein Fundament sprengen.

Europa ist bereits heute viel mehr im Bewußtsein unserer Bürger verankert als oft geglaubt wird. Das hat dieses Treffen in Offenburg gezeigt. Gleichzeitig hat es aber auch gezeigt, daß die Partei insgesamt aufgefordert ist, mehr als bisher die Fragen der Europapolitik als Politik zu betrachten, die in alltägliche politische Überlegungen mit einfließen muß. Die baden-württembergische SPD hat als erste das Thema Europa auf der Ebene des Landesverbandes aufgegriffen. Die Zahl der Teilnehmer und die Intensität der Diskussionen hat bewiesen, daß sie hieran recht getan hat.

(-/ 7.9.1977/ks/ben)

+ + +